A. Planungsrechtliche Festsetzungen

1. Art der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

1.1 Allgemeines Wohngebiet (WA) gem. § 4 BauNVO

In den im Folgenden als WA1, WA2 und WA3 bezeichneten Teilgebieten des allgemeinen Wohngebietes sind gem. § 1 Abs. 5 und Abs. 6 Nr. 1 BauNVO folgende Nutzungen unzulässig:

1. Gartenbaubetriebe
2. Tankstellen

1.2 Eingeschränktes Gewerbegebiet (GEE) gem. § 8 BauNVO

In den als GEE festgesetzten Teilgebieten sind nur gewerbliche Nutzungen zulässig, die auch in einem Mischgebiet gem. § 6 BauNVO zulässig wären. Folgende Nutzungen sind unzulässig:

1. Tankstellen gem. § 8 Abs. 2 Nr. 3 BauNVO mit Ausnahme betriebsbezogener Anlagen
2. Vergnügungsstätten gem. § 8 Abs. 3 Nr. 3 BauNVO
3. Einzelhandelsnutzungen
4. Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale und sportliche Zwecke gem. § 8 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO
5. Bordelle
6. Wohnungen für Bereitschafts- und Aufsichtspersonen sowie für Betriebsinhaber gem. § 8 Abs. 3 Nr. 1 BauNVO

Ausnahmsweise zulässig ist gem. § 31 Abs. 1 BauGB Einzelhandel in funktionalem und räumlichem Zusammenhang mit einem im Plangebiet ansässigen produzierenden Gewerbebetrieb oder Handwerksbetrieb. Die Verkaufsflächen der Betriebsfläche des produzierenden Gewerbe- oder Handwerksbetriebes müssen räumlich zugeordnet und deutlich untergeordnet sein. Die angebotenen Sortimente müssen in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Betrieb stehen.

1.3 Sonstiges Sondergebiet (SO) „Mobility Hub“ gem. § 11 Abs. 3 BauNVO

Das im Folgenden als SO bezeichnete Sonstige Sondergebiet dient vorwiegend dem Abstellen von Fahrzeugen, der Einordnung von Car- und Bikesharing-Angeboten und der Gebietslogistik.

Allgemein sind zulässig:

1. Garagen für den Stellplatzbedarf, der durch die in den allgemeinen Wohngebieten und den Gewerbegebieten zugelassene Nutzung verursacht wird
2. den oben genannten Nutzungen zugeordnete, nicht wesentliche störende mobilitäts- und logistikbezogene Handwerks- und Dienstleistungsbetriebe wie Reparaturwerkstätten und Serviceeinrichtungen sowie Paketpack- und -Abholstationen

1.4 Flächen für den Gemeinbedarf (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)

Auf der Fläche für den Gemeinbedarf sind sozialen Zwecken dienende Gebäude, Anlagen und Einrichtungen zulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

2.1 Grundflächenzahl (GRZ)

Die maximal zulässige GRZ wird in der Planzeichnung baufeldweise durch Nutzungsschablonen geregelt.

Eine Überschreitung der festgesetzten GRZ durch Tiefgaragen ist im Baufeld 16 gem. § 19 Abs. 4 Satz 2 und 3 BauNVO i.V.m. § 21a Abs. 3 BauNVO bis zu 0,7 zulässig, sofern die Tiefgaragenoberfläche vollständig mit einer Substratschicht oder

mit einem entsprechenden Bodenaufbau überdeckt ist (siehe 5.5 Überdeckung Tiefgarage).

Die Ausnutzbarkeit der GRZ kann durch die im Plan festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen ggf. eingeschränkt werden.

3. Höhenlage der Baugrundstücke / Höhe baulicher Anlagen / Dachform / Dachneigung (§ 9 Abs. 3 BauGB i. V. mit §§ 16 u. 18 BauNVO sowie § 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 86 BauO NRW)

3.1 Unterer Bezugspunkt

Als unterer Bezugspunkt für die festgesetzten Gebäude- bzw. Firsthöhen gilt die im Mittel gemessene Höhe der Straßengradiente der an das Grundstück angrenzenden Verkehrsfläche über NHN.

Verläuft die Straßenmitte nicht eben, sind die untere und die obere Höhe der an das Grundstück angrenzenden Verkehrsfläche (Straßenmitte über NHN) aus den festgesetzten Höhen zu interpolieren und hieraus ein Mittelwert zu bilden. Der errechnete Mittelwert bildet den maßgeblichen Bezugspunkt. Gleiches gilt für Eckgrundstücke.

3.2 Erdgeschossfußbodenhöhe / Überflutungsschutz

Aus Gründen des Hochwasserschutzes sowie um bei Starkniederschlagsereignissen eine Überflutungsgefahr zu vermeiden, ist bei Errichtung der Neubebauung sicherzustellen, dass die Oberkante des fertigen Erdgeschossfußbodens (OKFF) um mindestens 0,30 Meter über der dem Grundstück angrenzenden und im Mittel gemessenen Straßengradiente liegt. Zur Vermeidung der Ausbildung von Parterregeschossen wird die OKFF auf maximal 0,50 m über der angrenzenden und im Mittel gemessenen Straßengradiente festgelegt.

3.3 Höhe baulicher Anlagen

Die maximal zulässige Höhe baulicher Anlagen definiert sich nach § 18 Abs. 1 BauNVO über die zulässige Gebäudehöhe und die Anzahl der zulässigen Vollgeschosse. Es gilt der Eintrag in der Planzeichnung.

Bei Gebäuden mit Flachdächern wird die zulässige max. Gebäudehöhe (GHmax) zwischen der Oberkante der Attika oder der Oberkante von Brüstungen bzw. dem oberen Abschluss der Wand und dem an das Grundstück angrenzenden unteren Bezugspunkt (3.1) gemessen.

In den Teilgebieten WA1, WA2, GEe (Neubaubereiche) sowie SO ist eine Überschreitung der im Plan festgesetzten maximalen Gebäudehöhe durch untergeordnete Bauteile wie installationstechnische Bauteile, Dachausstiege, Aufzugsüberfahrten und Antennen ausnahmsweise bis zu 2,00 m zulässig. Diese müssen im gleichen Maße ihrer Höhe vom Schnittpunkt Außenwand mit OK Dachhaut abrücken (bei Reihenhäusern nur von der Straßenseite und Rückseite).

Die Überschreitung der Gebäudehöhen durch Anlagen zur Solarenergiegewinnung ist bis zu einer Gesamthöhe von 1,50 m zulässig. Diese müssen im gleichen Maße ihrer Höhe vom Schnittpunkt Außenwand mit OK Dachhaut abrücken.

4. Bauweise, Stellung baulicher Anlagen, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen sowie Flächen für Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 4 BauGB)

4.1 Bauweise

In den Teilgebieten WA, GEE und SO sind, wenn nicht anders bezeichnet, nur Einzelgebäude in offener, geschlossener oder abweichender Bauweise zulässig. Es gilt der Eintrag in der Planzeichnung.

In den als Teilgebiet WA 3 festgesetzten Baufeldern entlang der Husarenstraße ist nur die Errichtung von Gebäuden in abweichender Bauweise zulässig.

4.2 Baulinie / Baugrenze

In den Teilgebieten WA1 und WA2 ist die Überschreitung der Baulinie zum öffentlichen Raum (zur öffentlichen Platzfläche und zum Straßenraum) durch auskragende Balkonplatten bis zu 75 cm und bis zu einem Drittel der Fassadenlänge ausnahmsweise zulässig.

4.3. Höchstzulässige Zahl der Wohnungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 6 BauGB)

Die höchstzulässige Anzahl der Wohneinheiten pro Gebäude ist in der Planzeichnung bestimmt. In den entsprechend gekennzeichneten Bereichen ist die höchstzulässige Zahl der Wohnungen auf max. 2 Wohnungen je Gebäude beschränkt. Bei Doppelhäusern ist pro Doppelhaushälfte eine Wohnung zulässig.

4.4 Stellplatzanlagen / Tiefgaragen / Grundstückszu- und -ausfahrten (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB)

Im Teilgebiet WA 1 ist pro Grundstück ein Stellplatz zugelassen. Darüber hinausgehender Stellplatzbedarf ist auf der Stellplatzanlage im BF 32 nachzuweisen.

Im Teilgebiet WA 2, Baufeld 16 sind die Stellplätze ausschließlich in einer Tiefgarage zulässig. Diese sowie deren Zufahrt ist nur innerhalb der dafür festgesetzten überbaubaren Grundstücksflächen zulässig.

Stellplätze für die Baufelder, die als GEE festgesetzt sind, sowie für die Baufelder 09, 11 und 12 sind im Mobility Hub (Baufeld 06) nachzuweisen.

Der Stellplatznachweis für die Baufelder 14, 17 und 18 ist auf dem dafür vorgesehenen Baufeld 15 in Form einer Parkpalette (Gemeinschaftsgarage - GGa) zu führen.

Im Teilbereich WA 1, WA 2 und WA 3 sind freistehende Garagen grundsätzlich unzulässig.

5. Naturschutzbezogene Festsetzungen (§ 1 Buchstabe a Abs. 3 BauGB i.V.m. § 9 Abs. 1 BauGB)

5.1 Öffentliche Grünflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

Die zentrale öffentliche Grünfläche ist parkartig zu gestalten und zu begrünen und mit standortgerechten, vorzugsweise heimischen Laubbäumen zu bepflanzen. Vorhandener Baumbestand ist dabei einzubeziehen. Mindestens ein Drittel der Fläche ist naturnah zu gestalten.

5.2 Anpflanzungen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen; Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a und b BauGB)

5.2.1 Vorgartenbereiche / Ausschluss von Schottergärten, Steingärten und -Schüttungen

Beim Vorgartenbereich handelt es sich um den Grundstücksbereich zwischen der Straßenbegrenzungslinie und straßenseitiger Gebäudeflucht. Bei Eckgrundstücken ist

nur der benannte Grundstücksstreifen entlang der Gebäudefront des Gebäudeeingangs als Vorgarten zu bezeichnen.

Die befestigten Flächen für notwendige Stellplätze, Zufahrten und Zugänge dürfen im Plangebiet maximal 60 % des Vorgartenbereiches in Anspruch nehmen. Die sonstigen Vorgartenflächen sind wasseraufnahmefähig bzw. wasserdurchlässig zu belassen oder herzustellen, zu begrünen, zu bepflanzen und dauerhaft zu erhalten. Für die Befestigung der Vorbereiche der Garagen, der Stellplätze, der Zufahrten und Zugänge sind wasserdurchlässige Materialien wie z. B. Schotter, Rasengittersteine, Fugenpflaster oder versickerungsfähige Steine zu verwenden.

Die nicht bebauten Flächen der Baugrundstücke, sofern sie nicht für die Zuwegung des Hauptgebäudes und der Nebenanlagen benötigt werden, sind wasseraufnahmefähig bzw. wasserdurchlässig zu belassen oder herzustellen, mit offenem oder bewachsenem Boden anzulegen, zu begrünen, zu bepflanzen und dauerhaft zu unterhalten. Stein-/Kies-/Splitt- und Schottergärten oder -schüttungen sowie Kunstrasen sind unzulässig. Wasserdichte oder nicht durchwurzelbare Materialien (z.B. Vlies, Folien) sind nur zur Anlage von dauerhaft wassergefüllten Gartenteichen zulässig.

5.2.2 Anpflanzungen und Bindungen zur Bepflanzung

Die öffentlichen Verkehrsflächen sind entsprechend der im Plan hinweislich dargestellten, vorgeschlagenen Baumstandorte zu bepflanzen. Dazu ist je Straßenzug einheitlich eine Baumart zu verwenden.

5.2.3 Bindungen für den Erhalt von Einzelbäumen und für den flächenhaften Erhalt von Bäumen

Der gemäß Plankarte festgesetzte Baumbestand ist fachgerecht und dauerhaft zu erhalten. Die Erdoberfläche im Bereich der Kronentraufe dieser Bäume ist so zu erhalten, dass die Vitalität der Bäume nicht beeinträchtigt wird. Untersagt sind alle Eingriffe in den Kronenbereich der Bäume, sofern sie nicht aus Gründen der allgemeinen Sicherheit oder der Erschließung erforderlich sind. Notwendige Maßnahmen zur Verkehrssicherheit im Straßenraum sind mit gebotener Vorsicht auszuführen. Bei Abgang von Gehölzen sind Ersatzpflanzungen vorzunehmen.

5.2.4 Dachbegrünung

Flachdächer sind mit Ausnahme von Flächen für untergeordnete Bauteile, nutzbare Dachflächen und Anlagen für Solarenergienutzung mindestens extensiv zu begrünen. Die Mindestaufbaustärke der Substratschicht wird mit 8 cm vorgegeben.

5.2.5 Überdeckung Tiefgarage

Die Aufbaustärken der durchwurzelbaren Substratschichten für Aufbauten auf der Tiefgarage werden wie folgt als Mindestmaß festgelegt.

- Rasen- und Staudenflächen: 40 cm
- Gehölze und Hecken: 70 cm
- Kleinbäume und Großgehölze: 100 cm

6. Vorkehrungen zum Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB)

Festsetzungen entsprechend der Ergebnisse der Schallprognose werden zum Planungsstand der Offenlage ergänzt.

**B. Festsetzungen nach Landesrecht (§ 9 Abs. 4 BauGB)
Örtliche Bauvorschriften gem. § 89 BauO NRW**

1. Dachform

In den Teilgebieten WA1 und WA2 sowie GEE (außer in den Baufeldern mit Gebäudebestand) sind ausschließlich Flachdächer mit einer maximalen Neigung von 3° bzw. 5 % Gefälle zulässig.

In den Bereichen WA3 und GEE (Baufelder 04a, 05, 07, 09, 11, 12 und 14) sind ausschließlich Satteldächer mit einer maximalen Neigung von 38 - 45° zugelassen.

2. Konformitätsgebot bei Doppelhäusern

Bei der Errichtung von Doppel- und Reihenhäusern müssen Dachneigung, Dachmaterial und -farbe, Traufhöhen, Dachüberstände sowie Fassadenmaterial und -farbe für beide Hälften bzw. alle Häuser einheitlich ausgeführt werden. Abweichungen können bei einem einheitlichen Architekturkonzept zugelassen werden.

3. Einfriedungen an Verkehrsflächen

Einfriedungen entlang von öffentlichen Verkehrsflächen dürfen eine maximale Höhe von 1,0 m nicht überschreiten und sind als Mauern in Material und Farbe des Hauptgebäudes, Natursteinmauern, senkrechte Holzlattenzäune und aus durchsehbaren Metallgitterzäunen zulässig. Zäune sind mit heimischen Gehölzen oder Hecken zu hinterpflanzen. Die Einsehbarkeit in den Straßenraum ist zu gewährleisten. Im Bereich von Sichtdreiecken sind genannte Einfriedungen nur bis zu einer Höhe von 0,8 m zulässig.

4. Stellplätze für Abfallbehälter

Die Abfallentsorgung für ausgewählte Baufelder erfolgt über Unterflursysteme, die jeweils baufeldweise eingeordnet werden. Darüber hinaus wird im Bereich des Quartiersplatzes ein Standort für Wertstoffcontainer (als Unterflurcontainer) festgesetzt.

Standorte für Mülltonnen und Müllcontainer in den Außenanlagen sind zu befestigen und durch dichte Pflanzungen (Hecken, Sträucher) oder Abmauerungen und Palisaden so anzulegen, dass diese aus dem öffentlichen Straßenraum nicht wahrgenommen werden.

5. Werbeanlagen

In den Teilgebieten GEE und SO gelten für Werbeanlagen an Gebäuden folgende Maßgaben:

Werbeanlagen sind nur an der Stätte der Leistung und innerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

Werbeanlagen sind nur im Bereich der Erdgeschossfassaden und maximal bis zur Brüstungshöhe des 1. Obergeschosses zulässig.

Werbeanlagen dürfen nur in horizontaler Richtung angebracht werden. An Gebäudefassaden, die zur öffentlichen Parkfläche orientiert sind, ist das Anbringen von Werbeanlagen ausgeschlossen.

Lichtwerbungen mit wechselndem, bewegtem oder laufendem Licht sind nicht zulässig. Zäune, Tore und Türen sind von Werbeanlagen und Warenautomaten freizuhalten.

Werbeausleger dürfen eine Gesamtansichtsfläche von 0,5 m² nicht überschreiten und nicht weiter als 0,6 m von der Fassade auskragen. Die Gesamtlänge aller Werbeflächen eines Gebäudes darf höchstens zwei Drittel der Länge der jeweiligen

Fassade und eine max. Höhe von 0,8 m betragen. Diese Größenfestsetzung kann durch Einzellogos im Einzelfall geringfügig überschritten werden.

An den Bestandsgebäuden im Teilgebiet GEE sind ausschließlich freistehende Sammelwerbetafeln in einer Distanz von max. 50 cm zur Hausfassade und bis zu einer Höhe von max. 2,00 m zulässig. Freistehende Werbeanlagen in Form von Pylonen und Fahnen sind unzulässig.

C. Sonstige Festsetzungen/ Niederschlagswasserbeseitigung (§ 9 Abs. 4 BauGB)

Die Niederschlagswasserableitung im Planbereich muss auf den Privatgrundstücken über eine Muldenversickerung erfolgen. Andere technische Versickerungsanlagen sind nicht zulässig. Die technischen Anforderungen der Versickerungsmulden sind im DWA-Regelwerk A138 der Deutschen Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall e.V. aufgeführt. Weitere Auskünfte erteilt der Stadtentwässerungsbetrieb der Stadt Paderborn.

D. Hinweise

1. Schutz vor Starkregen

Starkregenereignisse und daraus resultierende Sturzfluten sind nicht an bestimmte Gebiete gebunden und können jeden treffen. Im gesamten Plangebiet sind auf den privaten Grundstücken Maßnahmen zu treffen, die bei Starkregenereignissen das oberflächlich abfließende und über die Notentwässerungssysteme der Dachflächen abgeleitete Niederschlagswasser fassen und geordnet weiterleiten. Nachbargrundstücke dürfen nicht geschädigt werden.

Aufgrund der vorhandenen topografischen Situation ist bei Starkregenereignissen zudem mit verstärktem Oberflächenabfluss von Niederschlagswasser über die Straßenflächen zu rechnen. Auch hier ist sicherzustellen, dass das Niederschlagswasser von den Straßenflächen nicht auf die privaten Grundstücke gelangen kann. Gebäudeöffnungen (Türen, Tore, Fenster...) unterhalb der OKFFB und Zufahrten von Tiefgaragen sind gegen Überflutungen zu sichern.

Es werden Maßnahmen zur Bau- und Risikovorsorge empfohlen. Über Möglichkeiten der Eigenvorsorge informiert die Hochwasserschutzfibel – Objektschutz und bauliche Vorsorge des zuständigen Bundesministeriums des Inneren, für Bau und Heimat.

2. Rückstauenebene

Bei der Errichtung der Wohnbebauung und der Grundstücksgestaltung (Zugänge, Lichtschächte, Einfahrten, TG-Einfahrten etc.) ist die Rückstauenebene zu beachten. Unter der Rückstauenebene liegende Räume und Entwässerungseinrichtungen müssen gegen Rückstau gesichert werden. Die Definition der Rückstauenebene ergibt sich aus der aktuellen Abwassersatzung der Stadt Paderborn.

3. Grundwasser

Bauliche Anlagen, die in das Grundwasser eingreifen, sind wasserdicht und auftriebssicher auszuführen. Zur Herstellung der Abdichtung von Baukörpern/Bauteilen und sonstiger Anlagen dürfen keine Stoffe verwendet werden, bei denen eine Schadstoffbelastung des Grundwassers entstehen kann. Gebäudeöffnungen unter der Geländeoberkante sind zu vermeiden bzw. entsprechend geschützt auszubilden.

4. Regenwassernutzung

Angeregt wird, das anfallende Regenwasser gebäudebezogen zur Bewässerung der Außenflächen zu sammeln und zu nutzen.

5. Baugrundeigenschaften / Baugrunduntersuchungen / Bodenschutz

Vor Beginn von Baumaßnahmen ist der Baugrund objektbezogen zu untersuchen und zu bewerten. Bauliche Anlagen, die in das Grundwasser eingreifen, sind wasserdicht

und auftriebssicher auszuführen. Zur Herstellung der Abdichtung von Baukörpern/Bauteilen und sonstiger Anlagen dürfen keine Stoffe verwendet werden, bei denen eine Schadstoffbelastung des Grundwassers entstehen kann.

Nach § 202 BauGB in Verbindung mit DIN 18915 ist bei Errichtung oder Änderung von baulichen Anlagen der Oberboden (Mutterboden) in nutzbarem Zustand zu erhalten und vor Vernichtung zu schützen. Er ist vordringlich im Plangebiet zu sichern, zur Wiederverwendung zu lagern und später wieder einzubauen.

6. Kampfmittelfunde

Im Plangebiet kann trotz erfolgter Kampfmitteluntersuchung keine Kampfmittelfreiheit garantiert werden. Weitere sondierende Untersuchungen werden erforderlich.

Ist bei der Durchführung der Bauvorhaben der Erdaushub außergewöhnlich verfärbt oder werden verdächtige Gegenstände beobachtet, sind die Arbeiten sofort einzustellen und es ist unverzüglich der Kampfmittelbeseitigungsdienst Westfalen-Lippe durch die örtliche Ordnungsbehörde oder Polizei zu verständigen.

7. Altlasten

Für das ehemalige Kasernenareal der Kaserne wurde eine Untersuchung der kontaminationsverdächtigen Flächen (Orientierende Untersuchung) durchgeführt. Festgestellte Abfälle aus der militärischen Nutzung sind fachgerecht zu entsorgen. Sollten bei Erdarbeiten dennoch weitere Abfallablagerungen oder Bodenverunreinigungen festgestellt werden, ist die Abteilung Abfallwirtschaft/Bodenschutz des Kreises Paderborn umgehend zu benachrichtigen. Die vorgefundenen Abfälle bzw. verunreinigter Boden sind bis zur Klärung des weiteren Vorgehens gesichert zu lagern.

8. Umgang mit wassergefährdenden Stoffen

Beim Umgang mit wassergefährdenden Stoffen (z.B. Heizöl und Dieselmotorenkraftstoff) ist die aktuelle „Verordnung über Anlagen zum Umgang mit wassergefährdenden Stoffen und über Fachbetriebe“ einzuhalten. Für die Benutzung des Grundwassers (Einleitung, Entnahme, Wärmepumpe, Erdwärmesonde usw.) ist in der Regel ein wasserrechtliches Erlaubnis-/Genehmigungsverfahren erforderlich.

9. Außenbeleuchtung

Die Außenbeleuchtung von Gebäuden sollte auf das unbedingt notwendige Maß beschränkt bleiben und durch Höhe, Ausrichtung (nicht nach oben abstrahlend) sowie die Verwendung nicht wärmeemittierender Leuchtmittel mit einem möglichst niedrigen UV-Anteil (z.B. LED, Leuchten mit einem engen Lichtspektrum um 590 nm) fledermausverträglich installiert werden.

10. Archäologische Bodenfunde

Mindestens vier Wochen vor Beginn der Bauarbeiten, welche mit Eingriffen in den Boden verbunden sind, ist die LWL - Archäologie für Westfalen - Stadtarchäologie Paderborn, Museum in der Kaiserpfalz, Am Ikenberg, 33098 Paderborn, Tel. 05251/2077105, Fax: 05251/69317-99; E-Mail: lwl-archaeologie-paderborn@lwl.org, schriftlich zu benachrichtigen.

Wenn bei Erdarbeiten kultur- oder erdgeschichtliche Bodenfunde oder Befunde (etwa Tonscherben, Metallfunde, dunkle Bodenverfärbungen, Knochen, Fossilien) entdeckt werden, ist nach §§ 15 und 16 des Denkmalschutzgesetzes die Entdeckung unverzüglich der LWL - Archäologie für Westfalen - Stadtarchäologie Paderborn anzuzeigen und die Entdeckungsstätte drei Werkstage in unverändertem Zustand zu erhalten.

11. Richtfunktrassen

Wird zum Planungsstand der Offenlage ergänzt.

12. Vogelschutz

Zum Schutz vor Vogelkollisionen sollten große Glasflächen von z.B. Terrassentrennwänden oder vorgelagerten Laubengängen so ausgeführt werden, dass Vogelkollisionen weitgehend vermieden werden.

13. DIN-Normen/Richtlinien

Die DIN-Normen werden zur Einsichtnahme bereitgehalten und können während der Öffnungszeiten im Stadtplanungsamt eingesehen werden.